

VERZEICHNIS

der Behörden und Einrichtungen im Geschäftsbereich des Innenministeriums

A. Behörden

I. LANDESOBERBEHÖRDEN

Landeskriminalamt, Düsseldorf

II. LANDESMITTELBEHÖRDEN

5 Bezirksregierungen (Arnsberg, Detmold, Düsseldorf, Köln, Münster)

III. UNTERE LANDESBEHÖRDEN

50 Kreispolizeibehörden (20 Polizeipräsidien, 1 Polizeipräsidium der Wasserschutzpolizei und 29 Landräte als Kreispolizeibehörden)

B. Einrichtungen

Direktion für Ausbildung der Polizei Nordrhein-Westfalen in Selm mit 4 Polizeiausbildungsinstituten in Brühl, Linnich, Schloß Holte-Stukenbrock und Selm
sowie der Landespolizeischule für Diensthundführer in Schloß Holte-Stukenbrock
Polizeifortbildungsinstitut, Neuss
Polizeifortbildungsinstitut "Carl Severing", Münster
Zentrale Polizeitechnische Dienste, Düsseldorf
Polizei-Führungsakademie, Münster
Institut für öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen, Hilden
Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Gelsenkirchen
Landesprüfungsamt für Verwaltungslaufbahnen, Hilden
Fortbildungsakademie, Herne
Gemeinsame Gebietsrechenzentren, Köln und Hagen
Institut der Feuerwehr, Münster

C. Landesbetriebe

Landesvermessungsamt Nordrhein-Westfalen, Bonn - Bad Godesberg
Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

D. Dem Innenministerium angegliedert:

Die Landesbeauftragte für den Datenschutz, Düsseldorf

VORWORT

Zum Geschäftsbereich des Innenministeriums gehören folgende Aufgaben:

Verfassungsangelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung zusammen mit dem Ministerpräsidenten und dem Justizministerium

Wahlen

Allgemeine Angelegenheiten der Verwaltungsorganisation, des Verwaltungsverfahrens, der Automation und der Statistik, Behördliches Vorschlagswesen

Allgemeines Ordnungsrecht; Melde-, Pass- und Ausweiswesen; Vereins-, Presse-, Versammlungs- und Waffenwesen; Ausländer- und Asylangelegenheiten (soweit die Zuständigkeit nicht anderen Ministerien zugeordnet ist); Sammlungs- und Lotteriewesen; Feiertagsschutz; Ordnungsangelegenheiten, die keinem anderen Ministerium zugewiesen sind

Staatsangehörigkeits- und Personenstandswesen, Staatssymbole, Kriegsgräberfürsorge, Grundsatzfragen der Enteignung, allgemeine Stiftungsangelegenheiten

Angelegenheiten der Gemeinden und Gemeindeverbände, insbesondere kommunales Verfassungsrecht, kommunales Haushalts- und Wirtschaftsrecht, Gemeindeprüfung; Kommunalfinanzen einschließlich kommunaler Finanzausgleich zusammen mit dem Finanzministerium; Sparkassenwesen zusammen mit dem Finanzministerium

Das Recht des öffentlichen Dienstes mit Ausnahme des Besoldungs-, Versorgungs- und Tarifrechts; kommunales Dienstrecht

Vermessungs- und Katasterwesen

Polizei

Verfassungsschutz

Datenschutz

Wiedergutmachung

Grundsatzfragen der Zivilen Verteidigung, ziviler Bevölkerungsschutz, Abwehr von Großschadensereignissen, Feuerschutz, Kampfmittelbeseitigung

Das Innenministerium bedient sich zur Durchführung seiner Aufgaben, soweit sie nicht im Ministerium bearbeitet werden, der ihm nachgeordneten Behörden und Einrichtungen.

Kapitel 03 010: Ministerium

In diesem Kapitel sind die Personal- und Sachausgaben des Ministeriums veranschlagt.

Kapitel 03 020: Allgemeine Bewilligungen

Das Kapitel 03 020 umfaßt die Ausgabemittel für

- Beihilfen, Unterstützungen und Fürsorgeleistungen sowie den Aufwand der Personalvertretungen für die Kapitel des Einzelplans 03, mit Ausnahme der Kapitel 03 130, 03 750, 03 900 und 03 910;
- Aus- und Fortbildung des Personals einschließlich Zuwendungen an Fortbildungseinrichtungen;
- das Behördliche Vorschlagswesen;
- Bauunterhaltung;
- Öffentlichkeitsarbeit;
- Verfügungsmittel;
- Allgemeine Sachausgaben und Zuschüsse;
- Ausgaben für Wahlen sowie die Erstattungen des Bundes;
- Ausgaben für Maßnahmen auf dem Gebiet der Sorgepflichten für die Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft.

Kapitel 03 030: Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge

Das Kapitel enthält im wesentlichen die pauschalierten Leistungen des Landes für die Aufwendungen zur Unterbringung und Versorgung von asylbegehrenden Ausländern nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz. Hierzu gehört die vierteljährliche Versorgungspauschale für die im Leistungsbezug nach dem Asylbewerberleistungsgesetz stehenden Asylbewerber und die vierteljährliche Betreuungspauschale für denselben Personenkreis. Die Aufwendungen der Träger der öffentlichen Jugendhilfe für Erziehungshilfen an asylbegehrende Ausländer sowie die Aufwendungen der Landschaftsverbände als überörtliche Kostenträger werden weiterhin gegen Kostennachweis erstattet.

Ferner enthält das Kapitel die Aufwendungen für die Unterbringungsplätze der Zentralen Ausländerbehörden (ZAB) in den Gemeinden, die Ausgaben für den Betrieb der Zentralen Ausländerbehörden sowie die Ausgaben für die Rückführung ausländischer Flüchtlinge.

Veranschlagt sind außerdem Mittel für die soziale Betreuung und Beratung von Flüchtlingen.

Kapitel 03 110: Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen des Landes

In diesem Kapitel sind die Einnahmen und Ausgaben der Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen veranschlagt.

Kapitel 03 130: Polizei-Führungsakademie, Münster

Die Polizei-Führungsakademie ist gemäß dem Abkommen vom 28. April 1972 (Bekanntmachung vom 24. November 1972 - SGV. NW. 205) über die einheitliche Ausbildung der Anwärter für den höheren Polizeivollzugsdienst und über die Polizei-Führungsakademie, das mit Wirkung vom 1. Januar 1973 in Kraft getreten ist, eine gemeinsame Bildungs- und Forschungsstätte des Bundes und der Länder. Sie dient der einheitlichen Ausbildung der Anwärter für den höheren Polizeivollzugsdienst der Länder und des Bundes, der Fortbildung der Beamten des gehobenen und höheren Polizeidienstes und der Forschung auf dem Gebiete des Polizeiwesens.

Die Polizei-Führungsakademie ist eine Einrichtung des Landes NW im Sinne des § 14 LOG. Der Bund und die Länder beteiligen sich an den Kosten, die dem Land NW aus der Polizei-Führungsakademie entstehen, und zwar nach einem bestimmten Verhältnis der Steuereinnahmen und der Bevölkerung der Länder; der Anteil des Bundes entspricht dem Anteil des Landes mit dem höchsten Anteil. Bei der Polizei-Führungsakademie ist ein Kuratorium aus je drei Vertretern des Landes NW und des Bundes sowie je zwei Vertretern der anderen Länder gebildet. Dieses Kuratorium übt insbesondere die Fachaufsicht aus.

Nach Artikel 14 des Abkommens sind die Planstellen für die hauptamtlichen Fachbereichsleiter und Dozenten in den Haushaltspänen der Beteiligten (Länder und Bund) auszubringen und die Beamten zur Polizei-Führungsakademie abzuordnen. Die Dienstbezüge und alle sonstigen personalbezogenen Aufwendungen für die abgeordneten Beamten trägt jedoch die Polizei-Führungsakademie.

Kapitel 03 310: 5 Bezirksregierungen

Das Kapitel 03 310 enthält die Einnahmen und Ausgaben der Bezirksregierungen Arnsberg, Detmold, Düsseldorf, Köln und Münster. Im Kapitel ist der Personal- und Sachaufwand für die Dienstkräfte der Allgemeinen Inneren Verwaltung und der Fachbediensteten zusammengefasst, für die die Dienstaufsicht beim Innenministerium liegt. Das Kapitel enthält außerdem den Sachaufwand für die bei den 5 Bezirksregierungen tätigen Fachbediensteten, die der Dienstaufsicht der Fachressorts unterliegen; deren Personalaufwand ist in den Kapiteln 020 Titelgruppe 67 der Einzelpläne der jeweiligen Ressorts dargestellt. Bei jeder Bezirksregierung besteht eine Regierungshauptkasse.

Kapitel 03 320: Aus- und Fortbildungseinrichtungen des Innenministeriums

In diesem Kapitel sind die Kosten des Instituts für öffentliche Verwaltung (IÖV), des Landesprüfungsamtes für Verwaltungslaufbahnen (LPA), der Fortbildungsakademie des Innenministeriums NRW in Herne (FBA) sowie der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW (FHSöV), die als Einrichtungen im Sinne des § 14 LOG Aufgaben der Aus- und Fortbildung im Geschäftsbereich wahrnehmen, ausgewiesen.

Das IÖV führt wesentliche Teile der theoretischen Ausbildung von Nachwuchsbeamten für den höheren Dienst unterschiedlicher Fachrichtungen, für verschiedene Fachrichtungen des gehobenen technischen Dienstes, für den mittleren allgemeinen Verwaltungsdienst sowie für die Ausbildung nach dem Berufsbildungsgesetz für Verwaltungsfachangestellte - Fachrichtung allgemeine innere Verwaltung des Landes NRW - durch. Daneben werden Qualifikationen in Aufstiegslehrgängen für den mittleren und gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienst vermittelt. Sie ist ebenfalls Ausbildungsstelle für die qualifizierte Fortbildung für Angestellte nach dem Berufsbildungsgesetz. Mit dem Institut ist ein Internat in Eigenbewirtschaftung verbunden. Im Interesse einer praxisnahen Ausbildung wird der Unterricht ausschließlich von nebenamtlichen Dozenten aus der Verwaltungspraxis erteilt. Der Leiter des IÖV ist in Personalunion Leiter des LPA.

Das LPA ist zuständig für die Durchführung von Staatsprüfungen, die gleichzeitig Laufbahnprüfungen sind, für Verwaltungsreferendare, für Beamte des gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienstes des Landes und der Gemeinden, der Bergverwaltung, der Verwaltung für Agrarordnung, der Verwaltung der Kriegsopferversorgung, der Landesversicherungsanstalten, des gehobenen Polizeivollzugsdienstes sowie des Modellstudiengangs Verwaltungsbetriebswirtschaftslehre. Die Durchführung der Laufbahnprüfung für den mittleren allgemeinen Verwaltungsdienst des Landes NRW sowie der Abschlussprüfung der Auszubildenden für den Beruf des Verwaltungsfachangestellten für die Fachrichtung allgemeine innere Verwaltung des Landes NRW obliegt ebenfalls dem LPA.

Die FBA ist zuständig für die systematische fachliche Fortbildung der Angehörigen des eigenen Geschäftsbereiches sowie die fachlich übergreifende Schulung der Dienstkräfte anderer Ressorts. Hierzu gehören die Bestimmungen der Fortbildungsinhalte und die Entwicklung der Didaktik und Methodik. Zusätzlich entwickelt die FBA in Zusammenarbeit mit einzelnen Behörden auf den spezifischen Behördenbedarf zugeschnittene Fortbildungsprogramme und führt diese durch. Die FBA unterstützt die Behörden bei der Umsetzung des Prozesses der Binnenmodernisierung.

Die FHSöV wurde durch Verordnung vom 19. Mai 1976 (SGV. NW. 223) mit dem Sitz in Gelsenkirchen errichtet. Sie ist eine Landeseinrichtung im Sinne des § 14 LOG. Die Fachhochschule gliedert sich in die Fachbereiche staatlicher Verwaltungsdienst, kommunaler Verwaltungsdienst, Polizeivollzugsdienst und sozialer Verwaltungsdienst.

Es sind in folgenden Städten Abteilungen eingerichtet: Köln, Duisburg, Hagen, Münster, Gelsenkirchen und Bielefeld.

In der FHSöV werden die Studiengänge für den gehobenen nichttechnischen Dienst im Bereich der Allgemeinen Inneren Verwaltung des Landes, der Gemeinden (GV), des Polizeivollzugsdienstes, der Landesversorgungsverwaltung, der Sozialversicherungsträger, der Bergverwaltung und der Verwaltung für Agrarordnung durchgeführt. An fünf Standorten werden Studierende im Modellstudiengang Verwaltungsbetriebswirtschaftslehre ausgebildet. Ab 2002 erfolgt im Rahmen der zweigeteilten Laufbahn im Polizeivollzugsdienst die Erstausbildung für diese Laufbahn an der FHSöV.

Die Dienstaufsicht übt das Innenministerium, die Fachaufsicht das Innenministerium im Einvernehmen mit dem Ministerium für Schule, Wissenschaft und Forschung aus.

Kapitel 03 610: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen

Das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen (LDS NRW) ist ein Landesbetrieb nach § 14a Landesorganisationsgesetz in Verbindung mit § 26 Landeshaushaltsordnung mit dem Sitz in Düsseldorf und 2 Außenstellen in Paderborn und Oberhausen.

Das LDS NRW ist Landesdatenverarbeitungszentrale (LDVZ), statistisches Landesamt sowie zentraler statistischer Dienstleister. Zu seinen Aufgaben gehört die Durchführung, Auswertung, Analyse und Weiterentwicklung sowie die Veröffentlichung der durch EG-, Bundes- und Landesrecht angeordneten Statistiken, die Mitwirkung bei der Vorbereitung und Durchführung von Wahlen und Volksabstimmungen, die Bereitstellung der Landesdatenbank sowie die Unterstützung und Beratung des Landtages, des Landesrechnungshofs und der Landesverwaltung bei statistischen Fragen und beim Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechniken (nach ADVG NW).

Das LDS NRW stellt personelle und technische Infrastruktur zur Ausführung von Aufgaben der Informationstechnik auf Grundlage des ADVG NW zur Verfügung. Im Rahmen dieser Tätigkeiten berät das LDS NRW bei der Automatisierung von Verwaltungsaufgaben und führt diese auch durch, wie die Aufbereitung und Zahlbarmachung der Besoldungs- und Versorgungsbezüge, der Angestelltenvergütungen, der Arbeiterlöhne sowie der Wiedergutmachungsrenten, des Wohngeldes, der Schwerbehindertenversorgung u.a..

Das LDS NRW bildet in anerkannten Ausbildungsberufen aus und ist in der Fortbildung der Angehörigen der öffentlichen Verwaltung im Bereich des Einsatzes moderner Informations- und Kommunikationstechniken tätig.

Kapitel 03 620: Gemeinsames Gebietsrechenzentrum Hagen

Rechtsgrundlage für das Gebietsrechenzentrum Hagen (GGRZ Hagen) mit seiner Außenstelle in Münster und Nebenstelle in Düsseldorf ist das ADV-Organisationsgesetz vom 12. 2 .1974 (GV. NW. S. 66) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9.1.1985 (GV. NW. S. 41). Als Einrichtung des Landes nach § 14 des Landesorganisationsgesetzes untersteht es der Dienstaufsicht der Bezirksregierung Arnsberg.

Das GGRZ Hagen steht ebenso wie die Landesdatenverarbeitungszentrale beim Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik und das GGRZ Köln allen Geschäftsbereichen der Landesverwaltung zur Durchführung von Datenverarbeitungsaufgaben zur Verfügung.

Die Behörde ist schwerpunktmäßig für DV-Aufgaben der Bereiche Justiz, Landesversorgungsverwaltung, Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen, Bezirksregierungen, Landesamt für Ernährungswirtschaft und Jagd und Landesinstitut für Bauwesen zuständig.

Kapitel 03 630: Landesbeauftragte für den Datenschutz

Die Dienststelle der Landesbeauftragten für den Datenschutz (LfD) ist auf Grund des Artikels 77 a der Landesverfassung in Verbindung mit dem Datenschutzgesetz Nordrhein-Westfalen vom 9.12.1978 (GV. NRW. S. 640) errichtet worden. Die aktuelle Fassung dieses Gesetzes ergibt sich aus der Bekanntmachung vom 09.06.2000 (GV.NRW.S. 542/SGV.NRW 20061). Danach wird die Landesbeauftragte für den Datenschutz auf Vorschlag der Landesregierung vom Landtag gewählt und für die Dauer von acht Jahren in ein Beamtenverhältnis auf Zeit berufen. Sie ist dem Innenministerium angegliedert und untersteht seiner Dienstaufsicht. Sie überwacht die Einhaltung der Vorschriften dieses Gesetzes sowie anderer Vorschriften über den Datenschutz bei den Behörden, Einrichtungen und sonstigen öffentlichen Stellen des Landes, den Gemeinden und Gemeindeverbänden sowie den sonstigen, der Aufsicht des Landes unterstehenden juristischen Personen des öffentlichen Rechts und deren Vereinigungen (öffentliche Stellen), soweit diese personenbezogene Daten verarbeiten. Insoweit ist sie in Ausübung ihres Amtes unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen. Zugleich ist sie Aufsichtsbehörde im Sinne des § 38 des Bundesdatenschutzgesetzes für den Datenschutz im nicht- öffentlichen Bereich und untersteht in Ausübung ihres Amtes insoweit der Aufsicht des Innenministeriums.

Kapitel 03 640: Landesvermessungsamt

In diesem Kapitel sind die Einnahmen und Ausgaben des Landesvermessungsamts Nordrhein-Westfalen in Bonn - Bad Godesberg veranschlagt. Das Landesvermessungsamt ist ein Landesbetrieb nach § 14a Landesorganisationsgesetz in Verbindung mit § 26 Landeshaushaltsordnung.

Die Aufgaben des Landesvermessungsamtes sind:

Herstellung, Erneuerung und Erhaltung des Lage-, Höhen- und Schwerefestpunktfeldes sowie die Führung des amtlichen Nachweises der Festpunktfelder;

Erfassung, Dokumentation und Bereitstellung der Informationen über die topographischen Gegebenheiten des Landgebiets sowie Durchführung und Lenkung von photogrammetrischen Arbeiten;

Bearbeitung, Drucklegung, Herausgabe und Verbreitung der topographischen Landeskartenwerke sowie Wahrnehmung der Interessen des Landes bei ihrer Nutzung durch Dritte;

Erstellung, Pflege und Weiterentwicklung von Programmsystemen für automatisierte Verfahren der Landesvermessung und zur einheitlichen Führung des Liegenschaftskatasters;

Durchführung von Druck-, Reproduktions- und Berechnungsarbeiten auch für andere Stellen, soweit sie mit den vorstehend genannten Aufgaben in Verbindung stehen.

Kapitel 03 650: Gemeinsames Gebietsrechenzentrum Köln

Rechtsgrundlage für das Gemeinsame Gebietsrechenzentrum Köln (GGRZ Köln) ist das ADV-Organisationsgesetz vom 12.2.1974 (GV.NW. S. 66) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9.1.1985 (GV.NW. S. 41). Als Einrichtung des Landes nach § 14 des Landesorganisationsgesetzes untersteht es der Dienstaufsicht der Bezirksregierung Köln.

Das GGRZ Köln steht ebenso wie die Landesdatenverarbeitungszentrale beim Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik und das GGRZ Hagen allen Geschäftsbereichen der Landesverwaltung zur Durchführung von Datenverarbeitungsaufgaben zur Verfügung.

Aufgabenschwerpunkte des GGRZ Köln sind die IT-Anwendungsbereitstellung für die Bezirksregierungen und andere Landesbehörden, insbesondere die Eichverwaltung, die Arbeitsschutzverwaltung sowie die Studentenwerke und kommunalen Ämter für Ausbildungsförderung im Aufgabenvollzug nach dem BaföG und Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz. Ressortübergreifende Aufgaben sind die Beratung und Unterstützung der Landesverwaltung bei der Einführung von Workflow- und Management-Systemen, Förderverfahren, Dokumentenerstellung und Behördeninformationssystemen.

Kapitel 03 710: Feuerschutz und Abwehr von Großschadensereignissen

Nach dem Gesetz über den Feuerschutz und die Hilfeleistung vom 10. Februar 1998 (GV. NW. 122) sind die Aufgaben des Feuerschutzes und der Abwehr von Großschadensereignissen den Gemeinden und Kreisen als Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung zugewiesen. An der Abwehr von Großschadensereignissen und der Vorbereitung auf derartige Situationen wirken private Hilfsorganisationen mit. An den dabei entstehenden Ausgaben beteiligt sich das Land vor allem durch Beihilfen. Die Mittel werden aus dem im Epl. 20 veranschlagten Feuerschutzsteueraufkommen bereitgestellt.

Kapitel 03 750: Institut der Feuerwehr

Das Institut der Feuerwehr in Münster ist eine Landeseinrichtung im Sinne des § 14 LOG; es bildet in erster Linie die Angehörigen der freiwilligen Feuerwehren und der Berufsfeuerwehren kostenlos aus. Das Unterrichtsprogramm umfaßt auch von den Feuerwehren wahrzunehmende Aufgaben des Zivilschutzes; insoweit werden die Kosten vom Bund erstattet.

Kapitel 03 810: Geldrenten nach dem Bundesentschädigungsgesetz und sonstige Wiedergutmachungsleistungen

In diesem Kapitel finden die Wiedergutmachung für die Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung nach dem Bundesentschädigungsgesetz (BEG) in der Fassung des BEG-Schlußgesetzes sowie die Leistung zur Unterstützung von Opfern des Nationalsozialismus nach den Härterichtlinien NRW ihren haushaltsmäßigen Niederschlag.

Soweit das bisherige Landesrecht weitergehende entschädigungsrechtliche Ansprüche gewährt, behalten auch diese Bestimmungen gem. § 228 BEG weiterhin Gültigkeit.

Die Durchführung der Wiedergutmachung obliegt dem Innenministerium und der durch Rechtsverordnung des Landes beauftragten Bezirksregierung Düsseldorf.

Nach § 172 BEG werden die von den Ländern (mit Ausnahme Berlins) zu leistenden Entschädigungsaufwendungen etwa je zur Hälfte vom Bund und der Gesamtheit der Länder getragen.

Kapitel 03 900: Versorgung der Beamten des Landes, der früheren Länder Preußen und Lippe, des früheren Reiches sowie deren Hinterbliebenen

Das Kapitel umfasst die Versorgung der Beamten des Landes, der früheren Länder Preußen und Lippe und des früheren Reiches mit Ausnahme

1. der ehemaligen Exekutivpolizeibeamten in Gemeinden ohne staatliche Polizeiverwaltung, deren Versorgung das Land zu tragen hat (s. 03 910)
2. der ehemaligen Polizeibeamten der früheren Länder Preußen und Lippe und des früheren Reiches (s. 03 910)
3. der Beamten der Polizeibehörden und -einrichtungen des Landes (s. 03 910)

Kapitel 03 910: Versorgung der Beamten der Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen des Landes und der ehemaligen Polizeibeamten der früheren Länder Preußen und Lippe, des früheren Reiches sowie deren Hinterbliebenen.

Das Kapitel umfaßt die Versorgung

1. der ehemaligen Exekutivpolizeibeamten in Gemeinden ohne staatliche Polizeiverwaltung sowie der ehemaligen Polizeibeamten der früheren Länder Preußen und Lippe und des früheren Reiches,
2. für alle Beamten des Landes, die zuletzt bei den im Jahre 1946 gebildeten Polizeibehörden bzw. aufgrund des Gesetzes über die Organisation und die Zuständigkeit der Polizei im Lande Nordrhein- Westfalen (POG) vom 11. August 1953 (GS.NW.S.148) bei
der obersten Landesbehörde
dem Landeskriminalamt
den Landespolizeibehörden
den Kreispolizeibehörden und
den Polizeieinrichtungen
beschäftigt waren.

Personalsoll des Einzelplans 03

Bezeichnung	Höherer Dienst	Gehobener Dienst	Mittlerer Dienst	Einfacher Dienst	Insgesamt 2002	Insgesamt 2001	+/-
Planmäßige Beamte	1.571 +56	34.183 +1.199	7.630 -1.197	21 -1	43.405	43.348	+57
Beamtete Hilfskräfte	23 +2	38 +3	613 -26	-- --	674	695	-21
Angestellte	92 +5	974 +193	5.020 +588	145 +8	6.231	5.437	+794
Arbeiter	-- --	-- --	-- --	1.467 +99	1.467	1.368	+99
Titelgruppen							
Planmäßige Beamte	7 -22	98 -198	27 -16	4 --	136	372	-236
Beamtete Hilfskräfte	-- --	-- --	-- --	-- --	--	--	--
Angestellte	6 -3	155 -144	228 -560	10 -4	399	1.110	-711
Arbeiter	-- --	-- --	-- --	76 -144	76	220	-144
Insgesamt	1.699 +38	35.448 +1.053	13.518 -1.211	1.723 -42	52.388	52.550	-162
Beamte im Vorbereitungsdienst	171 +2	2.972 +1.733	4 -1.724	-- --	3.147	3.136	+11
Auszubildende	-- --	-- --	-- --	232 --	232	232	--

Das Stellensoll 2001 berücksichtigt die Umsetzung folgender Planstellen:

+ 1 A 11 RA (ehemals RBauA) aus Kapitel 08 020 nach Kapitel 03 310

+ 1 A 10 ROI aus Kapitel 10 140 (einschließlich eines kw-Vermerkes ab 1.1.1999 -Org.-Untersuchung 1993) nach Kapitel 03 310

+ 1 Verg.Gr. V c BAT - Dienstart 02 - aus Kapitel 08 020 Titel 425 67 nach Kapitel 03 310 Titel 425 86

Die Gesamtzahl der Versorgungsempfänger im Einzelplan 03 beträgt nach dem Haushaltsplan 2002:

Ist-Stand am Anfang des Haushaltsjahres 2001	27.940
voraussichtlich in den Haushaltsjahren 2001 und 2002 eintretende Bestandsveränderung	80
voraussichtlicher Stand am Schluss des Haushaltsjahres 2002	28.020

Die Zahl der Versorgungsempfänger ist in den Erläuterungen zu den Kapiteln 03 900 und 03 910, gegliedert nach Ruhegehaltsempfängern und Empfängern von Witwen- und Waisengeldern, im einzelnen angegeben.

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Einzelplans 03

- Einnahmen -

Kap./Bezeichnung	Seite	Steuern und steuer- ähnliche Abgaben (TEUR)	Verwaltungs- einnahmen (TEUR)	Übrige Einnahmen (TEUR)	Summe Einnahmen (TEUR)
03 010 Ministerium	12	--	231,0	2,5	233,5
03 020 Allgemeine Bewilligungen	46	--	1.885,4	23.384,9	25.270,3
03 030 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge	72	--	1.124,0	--	1.124,0
03 110 Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen	78	--	50.725,7	204,4	50.930,1
03 130 Polizei-Führungsakademie Münster	172	--	670,4	6.853,3	7.523,7
03 310 5 Bezirksregierungen	196	--	17.585,9	8.479,2	26.065,1
03 320 Aus- und Fortbildungseinrichtungendes In- nenministeriums NRW	290	--	369,2	16,5	385,7
03 610 Landesamt für Datenverarbeitung und Stati- stik Nordrhein-Westfalen Düsseldorf - Lan- desbetrieb -	320	--	--	--	--
03 620 Gemeinsames Gebietsrechenzentrum Hagen	332	--	1,5	30.000,0	30.001,5
03 630 Landesbeauftragte für den Datenschutz	362	--	0,2	--	0,2
03 640 Landesvermessungsamt Nordrhein- Westfalen Bonn-Bad Godesberg - Landesbe- trieb -	374	--	--	--	--
03 650 Gemeinsames Gebietsrechenzentrum Köln	384	--	13,7	--	13,7
03 710 Feuerschutz und Hilfeleistung	402	--	666,0	--	666,0
03 750 Institut der Feuerwehr Nordrhein-Westfalen Münster	408	--	529,2	240,0	769,2
03 810 Geldrenten nach dem Bundesentschädi- gungsgesetz und sonstige Wiedergutmä- chungsleistungen	432	--	--	58.400,5	58.400,5
03 900 Versorgung der Beamten des Landes, der früheren Länder Preußen und Lippe, des frü- heren Reiches sowie deren Hinterbliebenen	438	--	8,5	7.342,6	7.351,1
03 910 Versorgung der Beamten der Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen des Landes und der ehemaligen Polizeibe- amten der früheren Länder Preußen und Lippe, des früheren Reiches sowie deren Hinterbliebenen	444	--	383,4	21.828,1	22.211,5
Gesamtsumme Haushaltsjahr 2002		--	74.194,1	156.752,0	230.946,1
Gesamtsumme Haushaltsjahr 2001		--	79.197,6	143.578,5	222.776,1
gegenüber 2001 mehr(+) oder weniger(-)		--	-5.003,5	+13.173,5	+8.170,0

- Ausgaben -

Kap./Bezeichnung	Personal- ausgaben	Sächliche Verwaltungs- ausgaben	Schulden- dienst	Zuweisungen u. Zuschüsse für laufende Zwecke	Ausgaben für Investi- tionen	Besondere Finan- zierungs- ausgaben	Summe Ausgaben
	(TEUR)	(TEUR)	(TEUR)	(TEUR)	(TEUR)	(TEUR)	(TEUR)
03 010 Ministerium	41.922,1	14.108,3	--	171,3	4.103,1	168,7	60.473,5
03 020 Allgemeine Bewilligungen	122.838,5	6.952,2	--	27.819,1	3.648,2	-26.867,0	134.391,0
03 030 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge	--	13.338,8	--	30.907,7	--	--	44.246,5
03 110 Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen	1.738.899,0	295.312,2	--	3.210,1	96.554,0	12.452,3	2.146.427,6
03 130 Polizei-Führungsakademie Münster	6.681,4	1.228,2	--	--	65,0	1.037,3	9.011,9
03 310 5 Bezirksregierungen	157.171,1	66.799,3	--	14.922,3	12.375,0	2.062,1	253.329,8
03 320 Aus- und Fortbildungseinrichtungen des In- nenministeriums NRW	15.807,0	16.482,4	--	--	1.176,6	472,4	33.938,4
03 610 Landesamt für Datenverarbeitung und Stati- stik Nordrhein-Westfalen Düsseldorf - Lan- desbetrieb -	--	4.688,1	--	93.386,0	5.640,6	--	103.714,7
03 620 Gemeinsames Gebietsrechenzentrum Hagen	8.549,9	37.562,8	--	0,4	2.930,0	152,9	49.196,0
03 630 Landesbeauftragter für den Datenschutz	2.279,7	943,3	--	--	31,0	15,3	3.269,3
03 640 Landesvermessungsamt Nordrhein- Westfalen Bonn-Bad Godesberg - Landesbe- trieb -	--	2.508,3	--	22.789,6	--	--	25.297,9
03 650 Gemeinsames Gebietsrechenzentrum Köln	4.567,1	1.315,4	--	0,5	369,6	38,3	6.290,9
03 710 Feuerschutz und Hilfeleistung	96,0	1.019,9	--	6.889,3	41.304,2	--	49.309,4
03 750 Institut der Feuerwehr Nordrhein-Westfalen Münster	4.692,8	1.545,1	--	--	4.887,9	--	11.125,8
03 810 Geldrenten nach dem Bundesentschädi- gungsgesetz und sonstige Wiedergutmä- chungsleistungen	--	--	--	132.224,3	--	--	132.224,3
03 900 Versorgung der Beamten des Landes, der früheren Länder Preußen und Lippe, des frü- heren Reiches sowie deren Hinterbliebenen	86.025,0	--	--	255,6	--	--	86.280,6
03 910 Versorgung der Beamten der Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen des Landes und der ehemaligen Polizeibe- amten der früheren Länder Preußen und Lippe, des früheren Reiches sowie deren Hinterbliebenen	739.574,8	--	--	3.630,6	--	--	743.205,4
Gesamtsumme Haushaltsjahr 2002	2.929.104,4	463.804,3	--	336.206,8	173.085,2	-10.467,7	3.891.733,0
Gesamtsumme Haushaltsjahr 2001	2.835.790,4	330.221,9	--	363.806,4	157.933,6	17.669,8	3.705.422,1
gegenüber 2001 mehr(+) oder weniger(-)	+93.314,0	+133.582,4	--	-27.599,6	+15.151,6	-28.137,5	+186.310,9